

DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI*

İskender Kantemur**

Zusammenfassung

Die Reformen der Tanzimatzeit, die im Grunde genommen um den Zerfall des Osmanischen Reiches zu verhindern und den Druck der Außenmächte zu verringern gemacht wurden, führten nach vielen Kriegen und Krisen zur Gründung der Republik Türkei. Die Reformen, die im Osmanischen Reich stattgefunden haben, umfassten vor allem die Minderheiten, persönliche Rechte und finanzielle Themen. Die politischen Auseinandersetzungen, die Eröffnung des Parlaments und die Verabschiedung der Verfassung sorgten für ein sehr aktives Politleben. Die intensiven politischen Aktivitäten, die während der Besatzungsjahren stattfanden, hatten die Gründung der Großen Nationalversammlung zu Folge. Als Resultat der vielen Entscheidungen der Großen Nationalversammlung, begann für das Land eine neue Ära. Das Parlament, eine neue Verfassung, die Opposition und die oppositionellen Parteien zeigten sich als demokratische Elemente in dieser Ära. In dieser Arbeit wird dieser Entwicklungsvorgang nur kurz dargestellt, weil eine ausführlichere Arbeit den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Schlagwörter: Demokratie, Parlament, Verfassung, Reformen, Türkei.

THE HISTORICAL DEVELOPMENT OF DEMOCRACY IN TURKEY

Abstract

The reforms of the Tanzimat Period, which were basically to prevent the collapse of the Ottoman Empire and to reduce the pressure of the external powers, led to the founding of the Republic of Turkey after many wars and crises. The reforms that took place in the Ottoman Empire included, above all, minorities, personal rights and financial issues. Political disputes, the opening of parliament and the adoption of the constitution ensured a very active political life. The intense political activity that took place during the occupation years resulted in the establishment of the Grand National Assembly. As a result of the many decisions of the Grand National Assembly, a new era began for the country. The parliament, a new constitution, the opposition and the opposition parties proved to be democratic elements in this era. In this work, this development process is presented only briefly, because a more detailed work would go beyond the scope of this study.

Keywords: Democracy, Parliament, Constitution, Reforms, Turkey.

* Bu makale "Geschichte und Verfassungsgeschichte der Republik Türkei bis zum ersten Militärputsch 1960 und seiner Verfassung" isimli yüksek lisans tezinden türetilmiştir.

** Doktora öğrencisi, Viyana Üniversitesi Türkoloji Bölümü, erkan1_4@hotmail.com.

Einleitung

Die Entstehung der Demokratie mit dem heutigen Demokratieverständnis geht auf das 18. Jahrhundert zurück. Dieses System, wo auch das Volk bei der Verwaltung des Staates ein Mitrederecht besitzt, beeinflusste auch das monarchisch geführte Osmanische Reich und setzte sich immer mehr durch. Obgleich der Wandel des Reiches zum Teil durch Außenmächte aber auch durch die eigenen Intellektuellen erzwungen wurde, entwickelten sich die Änderungen parallel zu den damaligen Geschehnissen. Die Änderungen führten zu den Reformen und die Reformen umfassten bald die ganze Bevölkerung. Während die Rechte der Bevölkerung sich ausdehnten, wurde die Macht des Padischahs beschränkt und schließlich die konstitutionelle Monarchie ins Leben gerufen. Es wurden viele Parteien gegründet und somit begann der Machtkampf der Regierungs- und Oppositionsparteien. Obwohl das Reich sich mit vielen Kriegen und inneren Konflikten beschäftigte, konnten die Regierungs- und Oppositionsparteien keine konstruktiven Beziehungen führen.

Nachdem das Osmanische Reich den ersten Weltkrieg verloren hat und viele Teile des Landes besetzt worden waren, begann im Reich ein sehr aktives Politleben, das sich die Gründung eines neuen Staates zum Ziel gesetzt hatte. Die Reformen, die nach der Gründung der Türkischen Republik durchgeführt wurden, bildeten die Hauptthemen der vielen Diskussionen und Streiten. Am Ende wurde die Opposition mundtot gemacht und die Ära der Einpartei-Regierung begann.

In diesem Artikel wird die Entwicklungsgeschichte der Demokratie, die durch viele Reformen im Osmanischen Reich Fuß fasste, einige Höhepunkte und Rückschläge hatte und schließlich ein Bestandteil der jungen Republik wurde, erklärt. Dabei werden die Geschehnisse möglichst chronologisch wiedergegeben um ein besseres Verständnis zu schaffen. Es wurden die Beziehungen der Regierungs- und Oppositionsparteien wiedergegeben, aber auch die Meinungsverschiedenheiten wurden erwähnt. Auch die Edikte und Verfassungen wurden in die Arbeit einbezogen, da sie die Grundtexte der Reformen und Änderungen waren. Es sollte aber klar sein, dass in so einem umfangreichen Thema nicht ins Detail gegangen werden konnte.

1. Der Beginn der Modernisierungen im Osmanischen Reich

Nach der Niederlage vor den Toren Wiens im Jahr 1683 begann der unaufhaltsame Verfall des Osmanischen Reiches. Für die Osmanen war es gegen Ende des 17. Jahrhunderts klar, dass sie sowohl gegen die Europäer als auch gegen die Russen unterlegen waren. Um den Verfall des Reiches zu

verhindern, wurden neue Wege gesucht. Schon 1720 wurde Çelebi Mehmet nach Europa geschickt um die nötigen Mittel für eine Buchdruckerei mitzubringen. Danach wurde eine Übersetzungsgesellschaft gegründet (*Tercüme Cemiyeti*) und es wurden einige Bücher aus den Bereichen Physik, Geographie und Astronomie ins Türkische übersetzt (Tosun, 2002: 190-191).

Selim III. (reg. 1789-1807) und Mahmut II. (reg. 1808-1839) waren Verfechter der Modernisierung; Mahmut II. hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Armee nach europäischen Vorbildern zu modernisieren. Das Janitscharenkorps wurde 1826 aufgelöst und in den folgenden Jahren wurde das *Timar-System* abgeschafft. Neuerungen gab es auch im Schulwesen. Es wurden neue Militärschulen gegründet. Als Vorbild dienten vor allem die französischen Militärschulen (Tosun, 2002: 191). Neben einer Seefahrtsschule (*Mühendis Hane-i Berri Hümayun, 1795*) und Militäringenieursschule (*Mühendis Hane-i Bahr-i Hümayun, 1775*) wurde auch eine Militärmedizinische Schule (*Mekteb-i Tibbiyye, 1827*) und eine Kriegsschule (*Mekteb-i Ulum-i Harbiyye, 1834*) gegründet (Matuz, 2006: 222-223). Diese Schritte waren zwar wichtig, aber die eigentlichen Reformen begannen mit der Tanzimatzeit.

2. Die Tanzimatzeit

Als Tanzimatzeit wird der Zeitraum von 1839 bis 1876 verstanden. Die *'Tanzimat'* bedeutet „die Neuordnung“. Das Osmanische Reich musste sich mit vielen Aufständen und Kriegen herumschlagen. Anfang des 19. Jahrhunderts gab es die Serben-Aufstände (1804-1806) und einige Jahre später die griechischen Aufstände (1821-1829). Ende der 1820er Jahren kämpften die Russen gegen die Osmanen. Auch der Aufstand von Mehmed Ali Pascha aus Ägypten beschäftigte die Osmanen für eine lange Zeit (Kreiser & Neumann, 2008: 288).

Bei den Aufständen der Untertanen spielte der frühe Kontakt mit den europäischen Ideologien eine wichtige Rolle. Die christlichen Untertanen, die vergleichsweise finanziell besser dastanden, versuchten ihre Unabhängigkeit zu gewinnen (Karpas, 2010: 90). Diese Aufstände ebneten den Weg der Tanzimatzeit. Um vor allem die Untertanen und die europäischen Mächte zu besänftigen, hat der Sultan Abdülmecid I. (reg. 1839-1861) das Edikt *Hatt-ı Şerif von Gülhane* erlassen. Es wurde allen Untertanen der Schutz des Lebens, der Ehre und des Vermögens versprochen. Steuern und Militärdienst wurden auch geregelt. Auch gerechte und öffentliche Rechtsprechung wurde zugesagt (Matuz, 2006: 225; Kreiser & Neumann, 2008: 337). Diese Tanzimatzeit leitete nach Rumpf „die große Phase der Rezeption ausländischen Rechts und

Kodifikationsbewegung in der Türkei“ (Rumpf, 1996: 38). Da es aber ein *Ferman* war, konnte der Padischah ihn jederzeit wiederrufen (Yılmaz, 2012: 36). Das Edikt entstand nicht wie bei *Sened-i İttifak* (Bündnisvertrag) – diese Vereinbarung wurde zwischen Padischah und dem *Ayan* (Landherren) im Jahr 1808 vereinbart. Das Ziel war die Landherren an die Zentralgewalt zu verbinden und den Autoritätsverfall des Padischahs zu beenden (Rumpf, 1996: 37) - durch gegenseitige Übereinkommen der verschiedenen Mächte, sondern durch einseitige Entscheidung des Padischahs. Daher bestimmte der Padischah seine eigenen Grenzen und gab seinen Untertanen verschiedene Rechte (Gözler, 2011: 164).

Im Erlass versprach er, dass er die Gesetze achten würde, aber es gab kein anderes Organ, das ihn kontrollieren konnte. Daher war er unberührbar und der absolute Herrscher, der sich nur bei Gott verantworten musste (Rumpf, 1996: 39). Doch seine Untertanen erhielten Grundrechte und Freiheiten, die Steuergerechtigkeit, öffentliche Gerichtsverhandlungen, gerechte Aufhebung von Soldaten, Sicherheit des Lebens und der Ehre, Eigentumsrecht, Gleichheit des jeden vor dem Gesetz betrafen (Gözler, 2011: 163).

Es ist interessant zu sehen, dass in der Präambel des Ediktes (*Dibace*) die Nicht- Einhaltung der islamischen Gesetze als Grund für den Machtverlust des Osmanischen Reiches erwähnt wird. Es wird auch erwähnt, nur durch die Rückkehr zu islamischen Gesetzen das Reich zu seinen glorreichen Zeiten zurückkehren kann (Kuzu, 20.06.19: 346-347). Die Behauptung, dass das Edikt auf Druck der ausländischen Mächte und zu Beruhigung der Aufständischen erlassen wurde, wird durch diese Präambel verstärkt.

Gleich nach dem Erlass des Ediktes wurden die „*Muhassillik Meclisleri*“ in Zentren von *Sancaks* gegründet. Bei den Versammlungen sollten Muslime und Nichtmuslime teilnehmen, die von der Bevölkerung gewählt werden sollten und die Gewählten hatten die Aufgabe den Verwaltern in Provinzen zu helfen, die für die Bewerkstelligung der finanziellen und Veraltungsprobleme zuständig waren. Da die Bevölkerung bei der Verwaltung eine Rolle übernommen hatte, könnten diese Versammlungen als der Anfang der Teilnahme der Bevölkerung bei der Verwaltung angesehen werden (Tosun, 20.06.19: 194).

Die Erneuerungen im Schulwesen gingen weiter und es wurden 1841 *das Rüştiye*, 1845 *das Darülfünun* und 1849 *das Darulmearif* gegründet. Auch Zeitungen wurden herausgegeben (Matuz, 2006: 228). Doch diese Zeiten wurden vom Krimkrieg (1853-1856) überschattet. Der russische Zar Nikolaus

I. hatte sich zum Ziel gesetzt, das Osmanische Reich aufzuteilen. Demnach sollte Russland die Moldau, die Walachei und Nordbulgarien; Österreich Dalmatien; England Ägypten, möglicherweise Zypern und Rhodos; Frankreich Kreta und die Griechen die restlichen ägäischen Inseln bekommen und Istanbul sollte eine "freie Stadt" werden. Doch die Engländer waren mit diesem Plan nicht einverstanden (Majoros & Rill, 1994: 334). Die Russen besetzten im Juli 1853 die Moldau und Walachei und die Osmanen erklärten den Russen im Oktober desselben Jahres den Krieg, aber sie erlitten schwere Niederlagen. England und Frankreich wollten nicht, dass die Russen ihre Machtgebiete erweiterten und gingen mit den Osmanen ein Bündnis ein und erklärten am 28. März 1854 Russland den Krieg (Majoros & Rill, 1994: 334-335).

Nach der Niederlage der Russen kam es am 30. März 1856 zum Pariser Frieden (Matuz, 2006: 229). Sechs Wochen vor dem Pariser Frieden wurde ein neues Edikt am 18. Februar 1856 erlassen. Dieses Edikt sollte eine Erneuerung von *Hatt-ı Şerif von Gülhane* sein, aber erhielt auch einige Ergänzungen (Rumpf, 1996: 40; Gözler, 2011: 164). Die Osmanen hatten keine Wahl, denn der Erlass des Edikts war von den europäischen Mächten erwünscht, damit die Osmanen bei den Pariser Friedenskonferenzen teilnehmen dürften (Karpát, 2010: 97). Die Osmanen appellierten daraufhin, dass ein vorteilhafter Friedensvertrag den Vorgang der Reformen beschleunigen würde (Majoros & Rill, 1994: 336-337).

Im Mittelpunkt dieses Erlasses stand der Status der nichtmuslimischen Minderheiten (Rumpf, 1996: 40) und das Hauptziel des Erlasses war die Gleichstellung der nichtmuslimischen Minderheiten mit den Muslimen (Tanör, 2011: 96). Im Erlass wurde die Einhaltung der mit *Hatt-ı Şerif von Gülhane* gegebenen Rechte gesichert. Es sollten neue Kirchen in Städten und Landkreisen gebaut werden. Alle Bürger – mit den Erlassen langsame Emanzipation von „Untertanen“ zu „Bürgern“ – konnten neue Schulen öffnen. Religionsfreiheit, gerechte Sammlung der Steuern, Wehrpflicht für alle mit Loskaufoption, Gleichheit für alle beim Zugang zum öffentlichen Dienst wurden auch behandelt (Yılmaz, 2012: 38-39; Rumpf, 1996: 40-51; Gözler, 2011: 165). Mit diesem Erlass gab man den Bürgern im Osmanischen Reich fast die gleichen Grundrechte wie in den europäischen Ländern (Gözler, 2011: 165).

Die Reformen der Tanzimatzeit wurden von den jungen Intellektuellen gut aufgenommen und auch unterstützt. Doch die Reformen sollten noch schneller vorangetrieben werden. Aus diesem Grund wurden die weiteren Reformen mit umgangssprachlichen Formulierungen in den Zeitungen

dargestellt, damit die breite Öffentlichkeit sich ein besseres Bild machen konnte. Nach der Vorbereitung einer Verfassung sollte eine konstitutionelle Verwaltung angestrebt werden. Gedankenfreiheit, Herrschaft des Volkes, Bildung einer Opposition waren die Ziele der Intellektuellen. Um all diese Ziele zu erreichen, wurde 1865 die Gesellschaft *Genç Osmanlılar Cemiyeti* gegründet (Tosun, 20.06.19: 195).

3. Die erste Konstitutionelle Periode

Nach der Tanzimatzeit begann die erste Konstitutionelle Periode (*Birinci Meşrutiyet*). Dabei spielten die großen Unruhen eine große Rolle. Die serbischen Aufstände wurden zwar durch Osmanen mit Gewalt unterdrückt, aber sie befürchteten das Eingreifen der europäischen Mächte. Abdülhamid II. (reg. 1876-1909), der auch ein Verfechter der Reformen war, wollte dieser möglichen Gefahr ausweichen. Denn Ende 1876 trafen die Vertreter Englands, Frankreichs, Österreich-Ungarns, Russlands, Deutschlands und Italiens in Istanbul zusammen, um eine Lösung für die Balkankrise zu finden. Wie seine Vorgänger wollte er mit der Einführung der Konstitution den europäischen Mächten entgegenwirken. Am 12. Oktober 1876 wurden die Konstitution (*Kanun-u Esasi*), eine gemischtkonfessionelle Generalversammlung (*Meclis-i Umumi*) und ein Abgeordnetenhaus (*Heyet-i Mebusan*) mit Sitz in der Hauptstadt eingeführt (Doganalp-Vötzi & Römer, 2008: 53-54).

Abdülhamid II. versprach vor seiner Thronbesteigung, dass er den *Kanun-u Esasi* proklamieren werde (Gözler, 2011: 165). *Kanun-u Esasi* galt als erste echte Verfassung im Sinne des europäischen Konstitutionalismus und die theokratische Legitimation staatlicher Herrschaftsgewalt wurde 1876 durch demokratisches Legitimationselement eingeschränkt (Rumpf, 1996: 41). Somit war das Osmanische Reich eine Monarchie, das auf seinen Kopf eine „demokratische Krone“ aufgesetzt hatte (Ekinci, 20.06.19). *Kanun-u Esasi* trat am 23. Dezember 1876 in die Kraft.

Nach *Kanun-u Esasi* war das Osmanische Reich eine Monarchie. Der Sultan musste aus dem Haus der Osmanen abstammen. Das älteste männliche Mitglied hatte das Recht den Thron zu besteigen (Art. 3). Das Osmanische Reich war ein Einheitsstaat (Art. 1). Die Staatsreligion war Islam (Art. 11) und die Staatssprache Türkisch und man musste diese Sprache beherrschen, wenn man beim öffentlichen Dienst arbeiten wollte (Art. 18) (Gözler, 2011: 166). Ausnahmslos galt jeder Untertan als Osmane (Kreiser & Neumann, 2008: 342).

Die Grundrechte und Freiheiten wurden zwischen 8. bis 26. Artikeln aufgelistet. Demnach handelte es sich bei diesen Artikeln um die persönlichen Freiheitsrechte, Religionsfreiheit, Pressefreiheit, Handels- Gewerbe- und Landwirtschaftsfreiheit usw. (Rumpf, 1996: 43; Gözler, 2011: 166-167; Yılmaz, 2012: 47).

Es wurde ein Parlament ins Leben gerufen, das aus zwei Kammern bestand. *Meclis-i Ayan* und *Meclis-i Mebusan*. Eine direkte Wahl der Abgeordneten war nicht möglich bzw. nur in Großstädten machbar. Stattdessen wählte man Abgeordnete aus Kandidaten der Provinzverwaltung. Im Parlament sollten alle Religionsgemeinschaften vertreten werden. Obwohl die Rechte des Sultans eingeschränkt erschienen, hatte er das Recht das Parlament jederzeit aufzulösen (Matuz, 2006: 236-237).

Wenn ein neues Gesetz erlassen werden sollte, musste man den Gesetzesentwurf dem Padischah vorliegen. Nachdem er mit dem Gesetzesentwurf einverstanden war und auch die beiden Kammern ihn angenommen hatten, trat er mit der Ratifikation des Padischahs in Kraft (Karatepe, 2009: 90). Die Exekutive lag bei Padischah und der Regierung. Der Padischah stand an der Spitze der Exekutive und hatte ausgedehnte Vollmachten. Er ernannte die Minister oder berief sie ab. Er hatte das Recht internationale Verträge abzuschließen und kontrollierte die Einhaltung der Gesetze. Außerdem war er der Oberbefehlshaber der Armee (Tanör, 2011: 136-137; Gözler, 2011: 168).

Die erste Versammlung des Parlaments fand am 19. März 1877 statt. Bei der Versammlung wurden finanzielle, regionale aber auch internationale Probleme angesprochen. Eine neue Versammlung sollte nächstes Jahr stattfinden (Karpát, 2010: 99; Tosun, 2006: 196). Doch dazu kam es nicht. Denn am 24. April 1877 erklärte Russland den Osmanen den Krieg und die Osmanen erlitten dabei schwere Niederlagen. Sogar Edirne wurde von den Russen eingenommen. Um ein Vorrücken in Richtung Istanbul zu verhindern, akzeptierten die Osmanen den Friedensvertrag von San Stefano im März 1878. Doch die europäischen Mächte waren mit diesem Friedensvertrag nicht einverstanden und es kam zum Berliner Kongress (Majoros & Rill, 1994: 343-344). Der Berliner Frieden wurde am 13. Juli 1878 beschlossen. Demnach erlangten Rumänien, Serbien und Montenegro ihre Unabhängigkeit. Bosnien und Herzegowina wurden von Österreich-Ungarn okkupiert. Russland bekam Kars und Batum. England bekam Zypern (Matuz, 2006: 239-240; Majoros & Rill, 1994: 345-346).

Abdulhamid II., der den *Meclis-i Mebusan* als eine Bedrohung für seinen Machtbereich sah, nutzte diese Krise und löste das Parlament am 14.

Februar 1878 auf unbestimmte Zeit auf und von da an regierte er das Reich bis er abgesetzt wurde (Tosun, 20.06.19: 196; Davison, 2004: 117).

4. Die Herrschaftszeit von Abdülhamid II.

Abdülhamid II. (reg. 1876-1909) löste zwar das Parlament auf, behielt aber den Status einer konstitutionellen Monarchie (Matuz, 2006: 240). Seine Macht war unbestritten, durch Zensur- und Spionage-Aktivitäten unterdrückte er die Demokratie. Wünsche vieler Intellektuellen und die Freiheiten wurden beschnitten (Karpas, 2010: 99; Tosun, 20.06.19: 197). Durch diese stränge Regierungspolitik konnte er aber das Ende des Reiches um einige Jahrzehnte hinauszögern (Faroqhi, 2010: 97). Trotz den Unterdrückungen trieb er die Reformen weiter voran und hat vor allem im Bildungswesen viel getan. Während die traditionellen Schulen –*Medresen*– beibehalten wurden, wurden die modernen Hoch- und Fachschulen weiterhin ausgebaut (Majoros & Rill, 1994: 351). In seiner Zeit wurden ungefähr 10.000 öffentliche Schulen gebaut bzw. aus den Stiftungen in die Schulen umgewandelt (Kreiser & Neumann, 2008: 345). Wenn man bedenkt, dass 30% des Budgets in die Schuldenverwaltung und 40% in das Militärwesen fließen mussten, war das eine enorme Herausforderung (Kreiser, 2001: 45).

Auch in seiner Zeit musste sich das Reich mit Kriegen und Ausständen herumschlagen. Frankreich besetzte im Jahr 1881 den osmanischen Vasallenstaat Tunesien und ein Jahr später wurde Ägypten durch England besetzt (Matuz, 2006: 242). Ost-Rumelien vereinte sich 1885 mit Bulgarien (Kreiser, 2001: 44) und Bulgarien erklärte seine Unabhängigkeit im Jahr 1908. Dasselbe gilt für Kreta, die sich nach einem Aufstand der Griechen im Jahr 1888 endgültig von den Osmanen löste und sich an Griechenland anschloss (Majoros & Rill, 1994: 347; Matuz, 2006: 243-244).

All diese innenpolitischen Unruhen, Unterdrückungen durch Abdülhamid II. und die Annahme, die Lösungen aller Probleme wären durch Einführung der Verfassung und der konstitutionellen Monarchie möglich, (Beydilli, 1994: 118) führten zur Bildung der Opposition.

5. Die Entstehung der Opposition und das Ende des Osmanischen Reiches

Die geheimen Gesellschaften, die sich gegen die Herrschaft von Abdülhamid II. aufsetzten, hatten das Ziel *Kanun-u Esasi* wieder in die Kraft treten zu lassen. Diese geheimen Gesellschaften wurden mit der Zeit als *Jön Türkler* (Jungtürken) bekannt. Ahmet Rıza Bey gründete in Paris 1889 die Geheimorganisation *İttihat ve Terakki Cemiyeti*, *İTC* (Das Komitee für

Einheit und Fortschritt) (Karpas, 2010: 100). Als Vorlage diente die geheime Organisation *İttihad-ı Osman-i Cemiyeti* (Gesellschaft für osmanische Einheit), die durch die Studenten der Militärmedizinakademie in Istanbul gegründet worden war (Günel, 2009: 17).

Am 4. Februar 1902 wurde in Paris eine geheime Versammlung organisiert, wohl mit dem Ziel die verstreuten Jungtürken zu vereinigen. Doch bei der Versammlung kam es zu Meinungsverschiedenheiten und es bildeten sich zwei Gruppierungen heraus. Während die erste Gruppe bei der geplanten Revolution die Teilnahme von Armee und die ausländische Hilfe ablehnte, war die zweite Gruppe dafür. Ahmet Rıza Bey, der die Meinung der ersten Gruppe teilte, änderte den Namen seiner Gruppe als *Osmanlı Terakki ve İttihat Cemiyeti* (Die Gesellschaft für Osmanischen Fortschritt und Einheit) und Prinz Sabahattin, der die zweite Gruppe vertrat, gründete die Gesellschaft *Teşebbüs-i Şahsi ve Adem-i Merkeziyet Cemiyeti*. *Osmanlı Terakki ve İttihat Cemiyeti* erlangte erst im Jahr 1906 zu einer größeren Stärke. Denn *Osmanlı Hürriyet Cemiyeti*, die aus Offizieren und Beamten bestand, vereinte sich mit *Osmanlı Terakki ve İttihat Cemiyeti* (Karpas, 2010: 100).

Die jungtürkische Bewegung formierte sich vor allem im europäischen Teil des Reiches mit Schwerpunkt in Saloniki (Matuz, 2006: 251). Nachdem es in Mazedonien zu Unruhen kam und in den Augen der Jungtürken die osmanische Regierung unfähig war, dieses Problem zu lösen, drohten sie auf die Hauptstadt zu marschieren. Davor hatten sich die Jungtürken bzw. die Gesellschaften von Ahmet Rıza Bey und Prinz Sabahattin, ein Bündnis vereinbart und hatten nur dieses Ziel vor den Augen.

Um diesen Aufmarsch zu verhindern, setzte Abdülhamid II. am 24. Juli 1908 die Verfassung wieder in die Kraft (Matuz, 2006: 251). Das Parlament wurde am 17. Dezember 1908 geöffnet. Im Parlament waren Mitglieder aus verschiedenen Ethnien zu finden. Es gab 147 türkisch-, 60 arabisch-, 27 albanisch-, 26 griechisch-, 14 armenisch-, 4 jüdisch- und 10 slawischstämmige Mitglieder. Die erste Regierung wurde unter Kâmil Pascha am 13. Januar 1909 gebildet. Doch die Regierung hielt nicht lange an und am 14. Februar 1909 wurde eine neue Regierung unter Hüseyin Hilmi Pascha, der eine Zuneigung zu den Jungtürken hatte, gebildet (Beydilli, 1994: 119). Denn obwohl İTC eine politische Gesellschaft war, war es ihnen bewusst, dass sie noch nicht im Stande waren das Land zu regieren. Viele Mitglieder der İTC kamen aus Mittelschicht und wussten nicht wie ein Land zu regieren war. Das hielt sie aber davon nicht ab, ihre eigenen Kandidaten fürs Parlament zu nominieren und somit das Parlament unter Kontrolle zu bringen. Diese kurze Phase sollte bis zum Aufstand im April 1909 andauern (Karpas, 2010: 102-103).

Mit dem Übergang zur zweiten konstitutionellen Periode kam es zu Gebietsverlusten und die Bevölkerung machte die neue Regierung dafür verantwortlich (Matuz, 2006: 252). Auch eine Opposition bildete sich aus Personalien, die im Serail arbeiteten, bei der Armee und bei der Administration tätig waren, deren Zahl zehntausende betrug. Diese Personalien wurden von der Gehaltsliste des Staates gestrichen und unter diesen Personen begann eine Opposition gegen İTC. Auch im politischen Bereich gab es eine Opposition. Die bekannteste Partei gegen die İTC war die Partei *Ahrar Fırkası* (die Freisinnige Partei), die aber nur einen Abgeordneten hatte. Eine weitere oppositionelle Gruppe entstand Anfang April 1909. Diese Gruppe bestand aus hochrangigen religiösen Gelehrten, Medrese-Studenten und den Menschen, die bei einem Orden (*Tarikat*) Mitglied waren. Somit kam es in Istanbul zu einem Aufstand, der als *31 Mart Vakası* bekannt wurde. Die Aufständischen marschierten zum Parlament und wollten, dass die Scharia (*Şeriat*) wieder in Kraft tritt. Sie machten Jagd auf die Mitglieder von İTC, wovon ungefähr zwanzig ermordet wurden. Daraufhin haben die Mitglieder von İTC eine Armee aus Mazedonien nach Istanbul geschickt. Der Aufstand wurde unterdrückt und Abdülhamid II. wurde abgesetzt (Findley, 2011: 196). Für İTC war dieser Aufstand eine willkommene Angelegenheit. Denn sie nutzten diesen Aufstand und schlossen die oppositionelle Parteien: *Ahrar Fırkası*, *İttihad-ı Muhammedi Fırkası*, *Fedakaran-ı Millet Fırkası* und *Heyet-i Müttefika-i Osmaniye Fırkası*. Und der Bruder Mehmed Reşad V. (reg. 1909-1918) von Abdülhamid II. wurde als der neue Sultan eingesetzt (Karpas, 2010: 103). Für die Absetzung von Abdülhamid II. war ein Fetwa notwendig. Beim Fetwa wurde dem Sultan Abdülhamid II. vorgeworfen, dass er einige Sachen aus religiösen Gesetzbüchern entfernen und einige der Bücher verbrennen ließ; Verschwendung bei *Beytülmal*; Menschen töten, verhaften oder verbannen lassen ohne einen gesetzten konformen Grund zu haben und sein Versprechen gebrochen zu haben. Diese Beschuldigungen zeigen, dass İTC sich nicht davor zurückhielt, um sein eigenes Interesse zu beschützen, die Religion missbrauchte (Günel, 2009: 26-27).

Es wurden viele Änderungen bei *Kanun-u Esasi* gemacht. Am 8. August 1909 wurden mehrere Artikel geändert und man hat beschlossen, einige Artikel neu zu schreiben (Karatepe, 2009: 115). Durch diese Änderungen wurde ein parlamentarisches Regierungssystem eingerichtet (Rumpf, 1996: 44). Durch die vielen Änderungen wurden vor allem die absolutistische Macht des Padischahs gebrochen und seine Macht als gesetzgebende und vollziehende Gewalt bekam jetzt einen symbolischen Wert (Gözler, 2011: 171; Rumpf, 1996: 44; Tanör, 2011: 195-196). Denn die Bildung der Regierung wurde dem *Sadrızam* überlassen. Die Abgeordneten bekamen Rechte wie Kontrolle der Regierung und Vorschlag eines Gesetzesentwurfes (Tosun, 20.06.19: 199).

Die İTC beruhte auf den türkischen Nationalismus (Karpas, 2010: 109) und diese Ideologie führte noch im selben Jahr zum Kurden-Aufstand, in Adana zum Armenier-Aufstand und ein Jahr später auf dem Balkan zum Albaner-Aufstand (Beydilli, 1994: 121). Auch die Opposition war wieder verstärkt. Die Oppositionsparteien, *Mutedil Hürriyetperveren*, *Islahat-ı Esasiye-i Osmaniye* und *Ahali Fırkası* waren die wesentlichen Oppositionsparteien. Diese Parteien haben sich mit den Minderheiten wie Griechen, Armenier, Albaner und Bulgaren zusammengetan und bildeten am 21. Oktober 1911 die Partei *Hürriyet ve İtilaf Fırkası* (Karpas, 2010: 103).

Tripolis wurde 1911 von den Italienern besetzt. Im Oktober des nächsten Jahres erklärten die Balkanländer Montenegro, Serbien, Bulgarien und Griechenland den Osmanen den Krieg (Davison, 2004: 142). Da die Osmanen keinen Mehrfrontkrieg führen wollten, überließen sie Tripolis den Italiener (Kreiser & Neumann, 2008: 361). Der Balkankrieg war für die Osmanen trotzdem eine Katastrophe. Die Bulgaren nahmen Edirne, die Serben Manastir und die Griechen Saloniki ein. Die Albaner erklärten am 17. Dezember 1912 ihre Unabhängigkeit (Beydilli, 1994: 123). Erst als es zwischen Balkanländern zum Krieg kam, konnte Edirne durch die Osmanen zurückerobert werden (Faroqhi, 2010: 98).

Auch innenpolitisch lief es nicht gut und es wurde eine neue Regierung nach der anderen gegründet. Nach dem Hüseyin Hilmi Pascha gegen Ende des Jahres 1909 zurückgetreten war, wurde İbrahim Hakkı Pascha mit der Gründung der neuen Regierung beauftragt. Auch er trat nach der Besetzung von Tripolis zurück. Auch Sait Pascha, der auf Druck der Gruppe *Halaskar Zabitan*, die aus Offizieren bestand, die gegen İTC waren, musste 1912 zurücktreten und es wurde ein Kabinett unter Gazi Ahmet Muhtar Pascha gebildet. Er musste nach ein paar Monaten auch zurücktreten und unter Kâmil Pascha wurde eine neue Regierung gebildet und diese Regierung sollte sich bis *Babiali Baskını* im Jahr 1913 behaupten können. In den 54 Monaten zwischen den Jahren 1908 bis 1913 wurden neun Regierungen gebildet. Demnach hielt eine Regierung durchschnittlich sechs Monate und dann musste wieder eine neue Regierung gebildet werden (Günel, 2009: 27-28).

Die vielen Gebietsverluste, der Druck von *Halaskar Zabitan* und die Annahme, dass die *Şura-yı Saltanat* um einen Frieden zu schließen auch auf Edirne verzichten wird, bildeten den Grund für İTC für einen Überfall, der als *Babiali Baskını* bekannt wurde. Der Überfall wurde durch eine Versammlung von İTC Mitgliedern vereinbart. Bei der Versammlung waren Talat Bey, Enver Bey, Ziya Gökalp, Sait Halim Pascha, Hacı Adil, Fethi Bey, Dr. Nazım, Kara Kemal uvm. anwesend. Beim Überfall spielte Enver Bey die wichtigste Rolle. Denn er überfiel mit einigen Mitgliedern von İTC *Babiali* und bedrohte

den Regierungschef Kâmil Pascha, der daraufhin als Regierungschef zurücktrat. Der nächste Regierungschef Mahmut Şevket Pascha wurde durch ein Attentat getötet und nach diesem Attentat begann die Ära von İTC (Günel, 2009: 32-34).

Die İTC Ära sollte bis 1918 andauern. An der Spitze standen drei Männer, Enver Pascha, Cemal Pascha und Talat Pascha. Talat Pascha wurde zum Innenminister und Enver Pascha und Cemal Pascha waren die Führer der militärischen Front. Ziya Gökalp hingegen bildete die Ideologie von İTC (Findley, 2011: 198-199). In dieser Zeit gab es eine autoritäre Machtausübung von İTC. Die Entscheidungen waren nur einigen Personen vorbehalten, die einen geschlossenen Kreis bildeten, der von außen nicht beeinflusst werden konnte (Günel, 2009: 36).

Der Anfang vom Ende sowohl für das Osmanische Reich als auch für İTC begann mit dem geheimen Bündnisabkommen zwischen İTC Führung und Deutschland (2. August 1914). Dabei spielte der Kriegsminister (*Harbiye Nazırı*) Enver Pascha eine wichtige Rolle, der die Wirtschaft des Reiches von der französischen und englischen Vorherrschaft befreien wollte (Matuz, 2006: 262) und die verlorenen Gebiete zurückzuerobern vorhatte (Günel, 2009: 38). Die deutschen Kriegsschiffe Goeben und Breslau, die im August in die Dardanellen eingelaufen waren, wurden gekauft und mit dem Befehl von Enver Pascha bombardierten sie die russischen Häfen am 29. Oktober 1914 und die Russen – ein paar Tage später auch England und Frankreich - erklärten den Osmanen den Krieg (Davison, 2004: 145).

Der erste Weltkrieg für die Osmanen wird hier nur kurz dargestellt. Am 23. November 1914 wurde gegen die Ungläubigen Dschihad ausgerufen. Damit hat man versucht, die muslimischen Länder auf die Seite der Osmanen zu ziehen. Ein katastrophaler Fehler wurde schon nach ein paar Wochen am 18. Dezember 1914 unter der Führung von Enver Pascha gemacht und nach dem Beginn des *Sarıkamış-Einsatzes* starben mehrere zehntausende osmanische Soldaten im Kampf gegen die russischen Soldaten, aber auch in der Folge der schlechten Wetterbedingungen und Krankheiten. Dem Cemal Pascha ging es nicht besser, er war der Marineminister (*Bahriye Nazırı*) und wollte Ägypten von den Engländern befreien. Doch ihm war kein Erfolg gegönnt. Auch an den Dardanellen erlitten die Osmanen schwere Verluste und über 250.000 osmanische Soldaten sollten hier ihr Leben lassen. Ein Soldat, der dort erfolgreiche Dienste leistete, genoss den Respekt der anderen und erlangte eine Bekanntheit unter den Soldaten. Dieser Soldat sollte aber noch viel größere Rollen übernehmen. Denn er war Oberst Mustafa Kemal. Nach der Oktober Revolution im Russland im Jahr 1917 wurde der Krieg mit den Russen beendet. Nach mehreren Jahren und Mehrfrontkriegen wurde der erste

Weltkrieg am 30. Oktober 1918 mit dem Vertrag von Mudros (*Mondros Mütarekesi*) beendet (Günel, 2009: 40-42; Kreiser & Neumann, 2008). Demnach sollten die Meerengen geöffnet und durch die Siegermächte besetzt werden, die Truppen sollten sich der Entente-Mächte ergeben, alle deutsch und österreich-ungarischen Soldaten und Zivilbeamten sollten das Reich verlassen (Kreiser, 2001: 52).

Die Führungskräfte der Jungtürken, die für die Niederlage im I. Weltkrieg verantwortlich gemacht wurden, wurden entlassen und die İTC wurde aufgelöst. Talat Pascha, Cemal Pascha und Enver Pascha flüchteten ins Ausland. Unter Cavit Bey wurde eine neue Partei namens *Teceddüt Fırkası* gegründet. Von Ende des Jahres 1918 bis Ende des Jahres 1919 herrschte im Reich eine Unbeständigkeit. Denn es wurden immer wieder neue Regierungen gebildet und für eine Zeit hat der neue Sultan Mehmed VI. Vahideddin (reg.1918-1922) das Parlament aufgelöst (Günel, 2009: 42,43).

Die Siegermächte begannen Anatolien zu besetzen. Die Armenier besetzten am 19. April 1919 Kars. Italiener nahmen am 29. April Antalya und am 13. Mai Kuşadası ein; die Griechen hingegen besetzten zuerst Fethiye am 11. April und ein Monat später am 15. Mai İzmir. Die Gebiete Urfa, Adana und Antep wurden durch Franzosen und Engländer besetzt. Die bewaffneten Widerstandsgruppen bildeten sich und sie setzten sich sowohl gegen die osmanische Regierung als auch gegen die Besetzer wider. Mustafa Kemal wurde nach Anatolien geschickt, damit er die Unruhen unter Kontrolle bringen und den Widerstand beseitigen konnte (Beydilli, 1994: 131; Matuz, 2006: 270-271; Majoros & Rill, 1994: 365). Denn die Siegermächte waren durch die Widerstände beunruhigt und übten Druck auf den Sultan aus (Steinbach, 2010: 24; Matuz, 2006: 269).

Der Auslöser des Widerstandes war der Vertrag von Mudros. Denn nach diesem Vertrag begannen sowohl in Istanbul als auch in Anatolien die politischen Aktivitäten. In Anatolien und Thrakien wurde die Gesellschaft *Müdafaa-i Hukuk Cemiyeti* gegründet, wohl mit dem Ziel, die Unabhängigkeit des Reiches aufrecht zu erhalten (Karpas, 2010: 121-122). Auch nach dem Abschluss dieses Vertrages baten die Offiziere wie Kazım Karabekir, Ali Fuat Cebesoy, Rauf Orbay, Fevzi Çakmak und viele mehr um eine Versetzung nach Anatolien. Sie wussten, solange sie in Istanbul bleiben, würden sie hier nichts ausrichten können. Die Zeit von 1918 nachdem Abschluss des Vertrages von Mudros bis Ausrufung der Republik im Jahr 1923 sieht man vor allem neben den bewaffneten Widerständen und Kriegen, vielen politischen Aktivitäten, die schließlich zur Gründung der Republik Türkei führten (Günel, 2009: 44-49). Auch die Hauptstadt Istanbul war durch die Siegermächte besetzt worden. Die Alliierten kamen mit ihrer Flotte unter dem Vorwand, sie werden etwas

gegen die bolschewistische Revolution unternehmen. Doch durch die Meerengen nach Istanbul ließen sie aber dann ihre Soldaten ans Land gehen (Karpas, 2010: 119).

Nach dem Mustafa Kemal am 19. Mai 1919 in Samsun gelandet war, begann er den nationalen Widerstand zu organisieren. Vorher hatte er mit Kazım Pascha und Ali Fuat Pascha Kontakt aufgenommen und sie versicherten ihm die Unterstützung. Auf der anderen Seite versorgten ihn İsmet Pascha und Fevzi Çakmak mit Informationen aus Istanbul. Die Regierung in Istanbul schöpfte Verdacht und rief Mustafa Kemal zurück. Doch er kehrte nicht zurück und reichte seine Kündigung am 8. Juli 1919 ein. Diese Vorgehensweise zeigt an, dass er schon damals von den anderen Offizieren als Führer des Widerstandes angesehen wurde. Denn nicht nur er, sondern auch die Offiziere, die ihn verhaften sollten, widersetzten sich den Befehlen aus Istanbul. Unverzüglich begann er bei vielen Treffen und Kongressen teilzunehmen (Beydilli, 1994: 132; Karpas, 2010: 121).

Am 22. Juni wurde in Amasya ein Rundschreiben (*Amasya Tamimi*) veröffentlicht. Demnach sollte der Unabhängigkeitskrieg durch eine Nationale Versammlung geführt werden. Bei dem Treffen nahmen Mustafa Kemal, Ali Fuat Cebesoy, Refet Bele und Rauf Orbay teil aber auch Kazım Karabekir und Cemal Pascha wurden informiert (Günel, 2009: 50).

Der Kongress von Erzurum fand ein Monat später am 23. Juli und dauerte bis 7. August 1919 an. Ein weiterer Kongress sollte dann am 4. September stattfinden. Nach diesen Kongressen bildete man die Grundlagen des Widerstandes bzw. von *Misak-ı Milli*. Demnach war das Land unteilbar und die Besetzung der Siegermächte war abzulehnen. Falls die Regierung in Istanbul es nicht schaffen würde, die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen, sollte es eine von der Nationalen Versammlung gegründete Nationale Regierung mit all ihren Kräften machen. Die fremden Mandate, die Privilegien gegen die christlichen Minderheiten und Gründung einiger Parteien bedrohten die nationale Souveränität und waren abzulehnen (Karpas, 2010: 122). Im Herbst 1919 wurde die neue *Meclis-i Mebusan* gewählt. Die Wahlen fanden eigentlich unter der Kontrolle von *Müdafaa-i Hukuk Cemiyeti*, *MHC* statt. Die erste Versammlung fand schon am 12. Jänner 1920 statt. Am 28. Jänner wurde *Misak-ı Milli* in einer geheimen Sitzung angenommen und am 17. Februar wurde er veröffentlicht. Ein Monat später am 16. März 1920 wurde die Hauptstadt des Reiches durch die Siegermächte besetzt. Es wurden einige Abgeordneten, Journalisten und Intellektuelle nach Malta abgeschoben und der Sultan löste das Parlament am 11. April 1920 auf. Nun begannen sich alle unter der Führung von Mustafa Kemal, der am selben Tag als „şaki“

proklamiert und zu Tode verurteilt wurde, zu sammeln. Somit endete der Versuch ein parlamentarisches System im Osmanischen Reich zu etablieren (Tosun, 20.06.19: 200; Karpat, 2010: 122).

Mustafa Kemal und seine Kameraden haben sich mit den Mitgliedern von *Meclis-i Mebusan* beschlossen, dass es eine Versammlung gegründet werden sollte. Es wurde am 23. April 1920 in Ankara eine Versammlung gegründet, die den Namen die Große Nationalversammlung, GNV (*Büyük Millet Meclisi, BMM*) hatte. Es wurden 337 Abgeordnete aus 66 Orten gewählt. 92 von diesen Abgeordneten kamen von *Meclis-i Mebusan*, 14 aus Griechenland und Malta, und 232 waren Mitglieder von *Heyet-i Temsiliye*. Doch zuvor ließ Mustafa Kemal als Führer von *Heyet-i Temsiliye* am 19. März 1920 eine Mitteilung zu den Provinzen, Ortschaften, Bürgermeistern und zu den Zentren von MHHM (*Müdafaa-i Hukuk Heyet-i Merkezleri*) telegraphieren. Demnach wurde am 23. April 1920 nach dem Freitagsgebet die BMM geöffnet. Da der Freitag ein heiliger Tag war, sollte die Öffnung von BMM gesegnet werden, die die Rettung des Landes, des Kalifats und Sultanats zum Ziel erklärte. Außerdem sollte Koran rezitiert und Tiere als Opfer geschlachtet werden (Günel, 2009: 52-53). Bemerkenswert ist, dass erst durch die BMM das Osmanische Reich, Kalifat und Sultanat abgewählt werden sollte.

Am 22. Juni 1920 marschierten die griechischen Soldaten ins Innere des Landes. Während dessen verhandelte das Osmanische Reich in Paris einen Friedensvertrag mit den Siegermächten und am 10. August 1920 kam es zum Friedensvertrag von Sèvres. Demnach sollte Thrakien den Griechen übergeben, im Osten ein Armenier-Staat gegründet, im Süden und Südwesten Gebiete unter französische und italienische Kontrolle gegeben und im Osten Kurdistan zum autonomen Territorium erklärt werden (Beydilli, 1994: 133; Majoros & Rill, 1994: 367; Karpat, 2010: 124). Die BMM akzeptierte diesen Vertrag nicht. Der Krieg gegen die Armenier, der im September losbrach, wurde mit dem Vertrag von Alexandropol (*Gümri Antlaşması*) am 2/3. Dezember 1920 beendet. Nach dem Sieg über die Armenier und dem Friedensvertrag wollten die Siegermächte die Bedingungen des Sèvres Vertrages lockern und es kam zur Londoner Konferenz im Februar 1921. Die Gegenregierung in Ankara wurde als Verhandlungspartner über Anatolien akzeptiert (Beydilli, 1994: 134).

Währenddessen erließ Mustafa Kemal ein politisches Programm, welches die Eigenschaften und Aufgaben der BMM darstellte aber auch als Verfassungsentwurf dienen sollte. Dieser stellte die Grundlagen seines zukünftigen Vorhabens dar und dies führte zu den Auseinandersetzungen in

BMM. Die Konservativen ahnten, dass dies bis zum Abschaffen des Sultanats führen konnte. Doch die Verfassung wurde am 20. Januar 1921 verabschiedet (Karpas, 2010: 124-125).

Die Verfassung von 1921 war eine kurze Verfassung mit nur 24 Artikeln (Yılmaz, 2012: 88-91). In der Verfassung wurde die Volkssouveränität ausgesprochen und im Namen des Volkes lag die Ausübung der Volkssouveränität ausschließlich in der Hand der Großen Nationalversammlung (GNV/BMM) (Art. 1-2) (Rumpf, 1996: 60; Hirsch, 1966: 206). Im Artikel 3 sprach man von einem türkischen Staat, der durch die GNV geleitet werden sollte und die Regierung trug den Namen „Regierung der Großen Nationalversammlung“ (Hirsch, 1966: 206). Durch diesen Artikel entstand im Osmanischen Reich ein neuer Türkischer Staat.

Die Gesetzgebung und die Gesetzvollziehende Gewalt lag bei der GNV. Also hatte GNV die beiden Elemente in sich vereint und somit entstand die Gewalteneinheit (Tanör, 2011: 258-259). Es wurde in der Verfassung kein Amt für Staatschef eingeräumt. Aber der Vorsitzende der GNV bekam ähnliche Rechte wie ein normaler Staatschef (Gözler, 2011: 177).

Nach der Verabschiedung der Verfassung bildeten sich rasch zwei Gruppen, die eine Gruppe bestand aus Konservativen und die andere aus Reformisten. Mustafa Kemal formierte seine Gruppe und nannte sie am 10. Mai 1921 *Anadolu Müdafaa-i Hukuk Cemiyeti*. Kazım Karabekir, der auch die Sorgen der ersten Gruppe teilte, warnte die Reformisten davor, dass die Ansichten des neuen Regimes nur von wenigen geteilt werden. Es herrschte zwischen beiden Gruppen ein immer größer werdender Konflikt (Tosun, 20.06.19: 203; Karpas, 2010: 125).

Ein Konflikt war unausweichlich, denn die neue Verfassung sprach von Volkssouveränität. Demnach sollte das Volk über das Land herrschen und das widersprach dem Sultanat und Kalifat. Insofern war es eigentlich für jeden klar, dass als Nächstes diese beiden Posten abgeschafft werden mussten. Zu einem Vereinbarungsversuch des Alten und Neuen bzw. Islam und Demokratie kam es nicht.

Nachdem die Griechen wieder anfangen sich in Bewegung zu setzen und ins Innere des Landes aufmarschierten, wurden die Konflikte beiseitegelegt und Mustafa Kemal wurde zum Oberbefehlshaber ernannt. Er besaß die Vollmacht alle notwendigen Entscheidungen zu treffen (Karpas, 2010: 126). Zu einem wichtigen Sieg kam es am 23. August 1921 am *Sakarya*-Fluß und nach einem Jahr am 26. August 1922 begann die letzte Phase des

türkisch-griechischen Kriegs. In der zwischen Zeit kamen auch diplomatische Erfolge. Die kriegsmüden Siegermächte Italien und Frankreich zogen sich zurück und später auch England. Am 30. August erlitten die griechischen Truppen eine schwere Niederlage und mussten sich zurückziehen. Doch die türkischen Truppen konnten ihren Vormarsch fortsetzen und befreiten İzmir am 9. September von den Griechen (Steinbach, 2010: 26-27).

Am 11. Oktober 1922 kam es schließlich zum Waffenstillstandsabkommen von Mudanya. Demnach verlor der Vertrag von Sèvres seine Bedeutung. Um einen neuen Vertrag zu verhandeln, haben die Siegermächte die Regierungen in Istanbul und in Ankara zu Lausanne eingeladen. Nach Istanbul Regierung sollten die beiden Regierungen zusammenarbeiten (Karpas, 2010: 126). Doch nationale Regierung in Ankara war darüber empört. Es durfte keine doppelte Vertretung des Landes geben und sie beschlossen am 1. November 1922 die Abschaffung des Sultanats. Am 16. November verließ Mehmed VI. das Land. Nach diesem Ereignis ernannte die GNV Abdülmecid Efendi als den neuen Kalifen (Beydilli, 1994: 134-135). Nur ein Abgeordneter war gegen die Abschaffung des Sultanats und dieser Abgeordnete war Ziya Hurşit (Günel, 2009: 55).

Am 22. September 1922 fand die Konferenz von Lausanne statt. Die Regierung von Ankara wurde durch İsmet Pascha vertreten. Die Verhandlungen endeten am 24. Juli 1923 und es kam zu einem Friedensvertrag. Die Grenzen des Landes wurden bestimmt und auch ein Bevölkerungsaustausch zwischen Türkei und Griechenland wurde beschlossen. Die Meerengen sollten entmilitarisiert werden. Die Regierung von Ankara übernahm auch ein Teil der Schulden des Osmanischen Reiches. Die Soldaten der Siegermächte sollten die Türkei binnen sechs Wochen verlassen (Karpas, 2010: 127).

6. Die Neue Republik und die Zeit unter Mustafa Kemal

Währenddessen herrschte im Land ein politisches Chaos. Das Sultanat war abgeschafft und die Regierung in Ankara unter der Führung von Mustafa Kemal bestimmte über alles. Doch es sollte beschlossen werden, wie die Zukunft des Landes aussehen sollte. Nach den Ereignissen der letzten Jahre war es klar, dass Mustafa Kemal vorhatte, die Republik auszurufen. Eine andere Möglichkeit wäre den Kalifen Abdülmecid Efendi zum Oberhaupt des Landes zu ernennen oder man konnte, die Herrschaft des Landes teilen, wobei der Kalif der religiöse Herrscher und die politische Regierung die Führung des Staates übernehmen konnte. Um die Opposition gegen das Vorhaben von Mustafa Kemal zu besänftigen, hat sich die NV aufgelöst und ordnete

Neuwahlen an. Die Neuwahlen sollten dann am 1. April 1923 stattfinden (Tosun, 20.06.19: 204; Karpat, 2010: 128).

Mustafa Kemal hat am 8. April ein Programm veröffentlicht. Dieses Programm hatte neun Prinzipien und diese Prinzipien sollten das Fundament der Partei werden, die *Müdafaa-i Hukuk Cemiyeti* ersetzen wird und als *Cumhuriyet Halk Fırkası* gegründet werden sollte. Mustafa Kemal selbst erwähnt, dass dieses Programm als zu kurz kritisiert wurde und fügt aber hinzu, dass wichtige Vorhaben wie Ausrufung der Republik, Hut Gesetz, Schließung von *Medrese* und *Tekkes* und Abschaffung von *Şeriye Vekaleti* nicht ins Programm genommen wurden, da diese Vorhaben durch die Reaktionäre ausgenutzt werden konnten (Mustafa Kemal, 2008: 532).

Nach den Wahlen sammelte sich die neue NV am 11. August 1923 und als Ministerpräsident wurde Fethi Okyar genannt. In der neuen NV waren die meisten Abgeordneten die Anhänger von Mustafa Kemal (Karpat, 2010: 129). Am 11. September wurde ein Antrag gestellt um die Partei *Halk Fırkası* offiziell zu gründen (Günel, 2009: 62). Nach ein paar Wochen schlug İsmet Pascha einen Gesetzesentwurf vor. Demnach sollte sich die Regierung nach Ankara umsiedeln und Ankara sollte die neue Hauptstadt werden. Dies sollte eine mögliche militärische Verteidigung leichter machen aber eigentlich wollte man nicht in Istanbul bleiben, wo die meisten Menschen und Journalisten Anhänger des Kalifen waren (Karpat, 2010: 129; Günel, 2009: 63).

Am 27. Oktober 1923 hat sich eine Krise aufgezeigt und der Ministerpräsident Fethi Okyar trat aus seinem Amt zurück. Doch diese Krise war möglicherweise durch Mustafa Kemal getätigt worden. Denn er war der Meinung, dass die Zeit für die Ausrufung der Republik reif war. Außerdem meinte er, dass die Beziehungen zwischen der Legislative und der Exekutive nicht richtig ausformuliert waren. Die Minister wurden nicht wie in einem parlamentarischen System von Ministerpräsidenten gewählt, sondern von GNV und das war mit einem parlamentarischen System nicht vereinbar. Demnach sollte eine Änderung der Verfassung stattfinden um die Republik auszurufen. Der Entwurf für die Änderung der Verfassung wurde am 23. Oktober in *Çankaya Köşkü* in einer Besprechung zwischen Mustafa Kemal und İsmet Pascha ausformuliert. Am nächsten Tag wurden die Mitglieder von *Halk Fırkası* über das Vorhaben informiert und gegen Abend wurde in der GNV die Gesetzesänderung verabschiedet und die Republik ausgerufen. Doch nur 184 Abgeordnete von 287 Abgeordneten nahmen bei den Sitzungen für die Republik-Ausrufung teil und Mustafa Kemal wurde mit 158 Zustimmungen zum ersten Präsidenten der Republik Türkei. Der

Ministerpräsident sollte durch den Staatspräsidenten aus Mitgliedern des Parlaments gewählt werden und der Ministerpräsident konnte die Minister selber bestimmen. Zum Schluss sollte alles durch Staatspräsidenten ratifiziert werden (Karpát, 2010: 129; Günal, 2009: 63-64).

Eine Opposition bildete sich schon in der GNV. Diese Gruppe konnte viele der Abgeordneten auf ihre Seite ziehen und sogar wurde Rauf Orbay, der gegen die Ausrufung der Republik und ein Anhänger des Kalifen war, zum Stellvertreter des Parlamentspräsidenten gewählt. Auch die Zeitungen in Istanbul unterstützten ihn, was zur Ärger von Mustafa Kemal führte. Außerdem betonte Mustafa Kemal, dass er nicht alle über sein Vorhaben informiert hat. Da er davon ausging, dass jeder für die Ausrufung der Republik war (Mustafa Kemal, 2008: 586-590). Mustafa Kemal beseitigte somit die Opposition und verwirklichte sein Vorhaben. Doch Kreiser kritisiert die Republikgründung mit folgenden Worten *„Es gibt in der Geschichte keine Beispiele für eine vergleichbar hastige und auf ein derart schwaches rechtliches Fundament stehende Republikgründung“* (Kreiser, 2012: 39-40).

Mustafa Kemal wusste, solange das Amt des Kalifen vorhanden war, könnten sich immer wieder neue Gruppierungen um den Kalifen bilden. Aus diesem Grund sah er sich gezwungen, das Amt des Kalifats abzuschaffen. Am 3. März 1924 wurde das Kalifat abgeschafft. Seyit Bey, der damalige Justizminister erklärte den Abgeordneten mit den Worten *„im Islam gibt es keine Geistlichkeit und keine Religionsverwaltung“*, die Überflüssigkeit des Kalifenamtes (Kreiser & Neumann, 2008: 412). Das Ministerium für Geistliche Angelegenheiten und Stiftungen wurden aufgelöst und das Bildungswesen wurde einem Unterrichtsministerium unterstellt (Steinbach, 1996: 127).

Die Ausrufung der Republik erforderte auch eine neue Verfassung. Die neue Verfassung wurde am 20. April 1924 verabschiedet. Ausgearbeitet wurde die Verfassung von einer parlamentarischen Kommission, die sich an polnischen, französischen und anderen Verfassungen bediente (Rumpf, 1996: 61). Die polnische Verfassung rezipierte *„die parlamentarische Regierung“* während die französische Verfassung *„das parlamentarische System“* annahm. Obwohl Mustafa Kemal seine Wünsche äußerte, wonach der Staatspräsident mehr Rechte wie ein Präsident haben sollte, wurde dies von der Kommission nicht berücksichtigt (Karatepe, 2009: 153). Auch ein Vorschlag, wonach ein Zweikammersystem in die Verfassung eingebaut werden sollte, fand kein Gehör (Tanör, 2011: 292).

Durch die vielen Debatten wurde der Machtbereich des Staatspräsidenten begrenzt. Der Staatspräsident erhielt eher einen

symbolischen Wert, der im parlamentarischen System üblich war (Karatepe, 2009: 154). Aber sowohl in der Zeit von Mustafa Kemal als auch in der Zeit von İsmet İnönü verkörperten diese beiden Männer die Staatsgewalt und überstiegen ihre Machtbereiche (Çicek, 2005: 58; Karatepe, 2009: 154).

Seine politischen Taten und die unbegrenzte Macht beunruhigten seine Gegner. Die ökonomische Lage des Landes war auch am Boden. Unter Kazım Karabekirs Führung gründete man am 17. November 1924 die erste Oppositionspartei, *Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası*, TCF (Freiheitsliebende Republikanische Partei) der Türkei. Neben Karabekir waren auch Ali Fuat Cebesoy, Rauf Orbay, Adnan Adıvar, Refet Bele, İsmail Canbulat bei der Gründung der neuen Partei beteiligt (Günel, 2009: 75; Karpat, 2010: 132). Kritisiert wurde vor allem Mustafa Kemal, der sowohl über CHF als auch NGV herrschte. Republik, Liberalismus und Demokratie waren die Grundsetze der neu gegründeten Partei, aber auch die Beschützung der religiösen Werte (Kreiser, 2012: 40-41; Karpat, 2010: 132-133). Außerdem sollten die Reformen langsamer durchgeführt werden (Weiker, 1973: 46). Die Beunruhigung war so groß, dass nach nur vier Tagen der Ministerpräsident İsmet Pascha sein Amt zurücklegte (Karpat, 2010: 133).

Im Februar 1925 kam es im Osten der Türkei zu einem Kurden-Aufstand. Der Anführer war ein Ordensmeister, Scheich Said, der die sunnitischen Kurden dazu bringen wollte, Diyarbakır zu besetzen (Kreiser & Neumann, 2008: 388). Ob sein Motiv für den Aufstand religiös oder kurdisch-nationalistisch war, ist umstritten. Die İnönü-Regierung – İnönü wurde am 3. März wieder zum Ministerpräsidenten gewählt – erließ am 4. März 1925 ein neues Gesetz, *Takrir-i Sukün Kanunu* (Gesetz zur Wiederherstellung der Ordnung) (Kreiser, 2012: 41). Durch das Gesetz erlangten er und seine Regierung weitgehende Vollmachten. Außerdem wurden die sogenannten *İstiklal Mahkemeleri* (Unabhängigkeitsgerichte) ins Leben gerufen (Kreiser & Neumann, 2008: 388-389).

Der Aufstand wurde Mitte April zerschlagen und Scheich Said und etwa vierzig seine Anhänger wurden hingerichtet. Durch das Gesetz bot sich ein Angebot an, jede Opposition zu beseitigen. Mustafa Kemal nahm es an und begann mit der Unterdrückung der Opposition. Die Zeitungen wurden stark zensiert und die Oppositionspartei TCF wurde Anfang Juni 1925 verboten, weil sie angeblich mit dem Kurden-Aufstand zu tun hatte und Karabekir musste sich bis zum Ableben von Mustafa Kemal aus der Politik zurückziehen. Auch die Konvente der Derwisch-Orden wurden im September desselben Jahres geschlossen (Steinbach, 2010: 34; Weiker, 1973: 50-51; Günel, 2009: 78).

Die Reformen konnten nun uneingeschränkt weitergehen. Im November 1925 wurde das Hutgesetz verabschiedet und alle Beamten mussten westliche Kleidungen und Hüter tragen (Steinbach, 1996: 129). Ein Monat später wurde der gregorianische Kalender eingeführt und der neue wöchentliche Feiertag wurde als Sonntag bestimmt (Steinbach, 1996: 129-130; Karpat, 2010: 140).

Das schweizerische Zivilgesetzbuch wurde durch die GNV am 17. Februar 1926 angenommen und trat am 29. Mai 1926 in Kraft. Noch im selben Jahr wurde mit wesentlichen Veränderungen das italienische Strafrecht und im Jahr 1929 die deutsche Strafprozessordnung angenommen (Kreiser & Neumann, 2008: 413-414).

Am 3. November 1928 wurde ein Gesetz über die Einführung des lateinischen Alphabets verabschiedet (Tosun, 20.06.19: 208; Kreiser & Neumann, 2008: 395). Bei seinen vielen Innlandreisen lehrte Mustafa Kemal selbst in Schulen und in öffentlichen Plätzen das neue Alphabet. Davison schrieb *„dieses Gesetz hatte wie das Hutgesetz ein psychologisches Ziel. Dadurch wurde die Verbundenheit mit der Vergangenheit und mit dem Islam zerrissen. Das Volk wurde in die Zukunft und nach Europa geschoben. Die Kinder, die mit dem neuen Alphabet ausgebildet wurden, konnten das Schreiben ihrer Vorfahren nicht lesen“* (Davison, 2004: 170).

Die Stagnation der Ökonomie, die unter den Beschränkungen des Lausanne Vertrages litt, ging weiter. Denn der Vertrag von Lausanne zwang die Regierung bis 1929 einen offenen Markt zu führen. In dieser Zeit wurden die Importwaren gewuchert. Infolgedessen kam es zum Handelsdefizit, das wiederum zur Preiserhöhungen führte. Auch das aus USA und Britannien erwartete Fremdkapital kam nicht ins Land und der Börsencrash im Jahr 1929 verschlimmerte die ohnehin kritische Situation der Türkei. Denn der Preis der Agrargüter, die fast die einzigen Exportprodukte der Türkei waren, wurde stark nach unten gezogen (Ahmad, 2012: 76).

Die radikalen Reformen und die wirtschaftliche Lage des Landes lösten wieder stärker werdende Kritik aus. Die Art wie das Land industrialisiert werden sollte und die Monopolisierung des Verkaufs von alkoholischen Getränken, Zigaretten, Zucker, Salz und der Warentransport durch den Staat waren die wichtigsten Kritikpunkte. Aber auch die alleinige Herrschaft von *Halk Fırkası* löste viel Kritik aus (Karpat, 2010: 150). Um den Beschwerden der Bevölkerung und der Kritiker zum Erscheinen zu bringen, wollte Mustafa Kemal eine Oppositionspartei gründen lassen. Deswegen ließ er Fethi Okyar, der in Paris als Botschafter tätig war, nach Ankara holen (Steinbach, 1996: 138). Mustafa Kemal wollte zwar eine Oppositionspartei haben, aber diese Partei musste ihm treu bleiben. Beim Gespräch mit Fethi Okyar betonte

Mustafa Kemal auch, dass die Türkei in den Augen der Ausländer eine Diktatur sei, und dass die Gründung einer Oppositionspartei das Erscheinungsbild der Türkei im Ausland verbessern könnte. Nach dem Gespräch mit Mustafa Kemal gründete Fethi Okyar seine Partei, die *Serbest Cumhuriyet Fırkası*, SCF (Freie Republikanische Partei) hieß. Am 12. August 1930 mussten sich 15 Abgeordnete von *Halk Fırkası* trennen und wurden Mitglieder von SCF und die Opposition begann (Günel, 2009: 82-83). Doch die Bevölkerung wusste nichts davon. Sie wussten nicht, dass die neue Partei eigentlich eine Augenwischerei war. Trotzdem sammelten sich viele Gruppierungen, die gegen die Regierung waren, um diese Partei. Nach zwei Monaten fanden die Kommunalwahlen statt und die neue Partei hatte einen großen Erfolg gefeiert und 30 Gemeinden von insgesamt 500 Gemeinden für sich entschieden. Nicht zu vergessen ist, dass die SCF die Regierung mit Wahlbetrug beschuldigt hat. Diese Beschuldigung löste heftige Auseinandersetzungen aus. Die SCF konnte für die Bevölkerung eine Alternative werden. Fethi Okyar wurde bei seiner Reise nach İzmir durch eine sehr große Menschenmenge gejubelt. Dieser Besuch wurde von HF als eine Bedrohung erkannt. Fethi Okyar betonte, dass Mustafa Kemal unparteiisch sein solle, obwohl er der Chef von HF war. Dies führte zu noch größeren Streiten zwischen HF und SCF. Nach seinem Besuch in İzmir kam er nach Ankara und hatte ein Gespräch mit Mustafa Kemal. Demnach betonte Mustafa Kemal, dass er parteiisch sein werde, da ansonsten die HF zusammenbrechen werde. Und wenn dies der Fall sein sollte, hätte man wieder nur eine Partei in der GNV. Fethi Okyar wusste, was das zu bedeuten hatte und er wollte mit Mustafa Kemal nicht kolludieren. Deswegen löste er seine Partei am 17. November 1930 auf. Somit war der zweite Versuch, eine Oppositionspartei zu haben auch gescheitert. Doch diese beiden Versuche zeigten die Notwendigkeit des Mehrparteiensystems. Doch man musste noch viele Jahre warten bis es dazu kam (Günel, 2009: 84-86; Karpat, 2010: 153, Tosun, 20.06.19: 212-214).

Ein Jahr später 1931 hat Mustafa Kemal sechs Prinzipien veröffentlicht. Demnach sollte sich der Staat auf folgenden sechs Prinzipien gründen: Nationalismus, Gründung eines türkischen Nationalstaates; Laizismus, Trennung von Staat und Religion; Republikanismus, Errichtung eines republikanischen Regimes; Populismus, Gleichheit aller Bürger; Etatismus, Lenkung der Wirtschaft durch den Staat und Revolutionismus, radikale Umgestaltung (Steinbach, 1996: 139-142; Steinbach, 2010: 35-36). Diese sechs Prinzipien wurden 1937 in die Verfassung aufgenommen und sind heute noch als „*altı ok*“ (sechs Pfeile) symbolisch auf dem Logo von CHP zu sehen (Davison, 2004: 176; Kuzu, 20.06.19: 348).

Im Herbst des Jahres 1937 musste İsmet İnönü zurücktreten, da ihm Korruption vorgeworfen wurde, aber auch seine etatistische Politik stark unter Kritik stand. Denn ein Jahr zuvor hatte İsmet İnönü verordnet, dass die Innenminister auch die Aufgabe des Generalsekretärs von CHP übernehmen müssten und die Gouverneure sollten die Vorsitzenden von CHP (die HF wurde inzwischen als *Cumhuriyet Halk Partisi* umbenannt, 1935) in jeweiligen Provinzen werden. So kam es dazu, dass Celal Bayar, der damals Wirtschaftsminister war, zum neuen Ministerpräsidenten wurde. Er sollte diesen Posten bis zum Ableben von Mustafa Kemal Atatürk innehalten (Günel, 2009: 89).

Mustafa Kemal Atatürk, der seit Ende 1937 nicht mehr ganz gesund war, verstarb am 10. November 1938 in *Dolmabahçe Sarayı*. Am 11. November 1938 wurde İsmet İnönü zum Präsidenten der Türkei gewählt (Davison, 2004: 180-181). Außerdem wurde er zum „unabsetzbaren Vorsitzenden“ von CHP gewählt und trug den Titel „*Milli Şef*“ (National Chef). Dies bedeutete, dass er die absolute Macht in seinen Händen hielt und sich für seine Taten bei niemandem zu verantworten hatte (Ahmad, 2012: 88).

Ein zum Scheitern verurteilter Versuch wagte auch İsmet İnönü. Beim fünften Partei-Kongress von CHP am 29. Mai 1939 wurde aus einer 21 Männern bestehende Oppositionsgruppe gebildet. Diese Gruppe hieß „*Müstakil Grup*“ (Selbständige Gruppe) und sollte die Rolle einer Oppositionspartei übernehmen. Sie durften bei den Versammlungen von CHP teilnehmen, hatten aber kein Abstimmrecht. Sie sollten in der NGV die Parteipolitik kritisieren. Doch diese Gruppe erfüllte ihre Aufgabe nicht. Denn eine Kritik der CHP könnte böse Folgen haben und ihre Politkarriere gefährden und niemand wollte das (Günel, 2009: 93). Bei dieser Versammlung wurde auch die Gründung von *Köy Enstitüleri* (Dorfinstitute) beschlossen. Diese Dorfinstitute sollten Dorflehrer ausbilden, deren Einsetzung erst nach Erlernen der landwirtschaftlichen, handwerklichen und musischen Kenntnisse in Fünfjahres-Kursen folgen sollte. Auch der Ausbau der seit 1932 bestehende *Halkevleri* (Volkshäuser) gingen weiter (Kreiser, 2012: 66-67; Tosun, 20.06.19: 216).

Die wirtschaftliche Lage des Landes während des zweiten Weltkrieges war am Ende. 1940 bekam die Regierung durch ein neues Gesetz die Macht, die Preise und die Einführung der Produkte am Markt zu kontrollieren (Ahmad, 2012: 89). Ab Februar 1941 wurde die Bevölkerung gezwungen, ihre Produkte weit unter dem Marktwert zu verkaufen (Kreiser, 2012: 71). Ein Jahr später war die Lage so verschlechtert, dass die Menschen einen Ausweis brauchten, um Brot zu kaufen. Ende des Jahres wurde *Varlık Vergisi* (das Kapitalsteuergesetz) eingeführt. Diese Steuer sollte von den Unternehmern – vor allem Nichtmuslimische und Großgrundbesitzern – genommen werden

(Ahmad, 2012: 89-90). 1943 wurde *Toprak Mahsulleri Vergisi* (Steuer auf Agrarprodukte) eingeführt (Kreiser, 2012: 71).

All diese Maßnahmen verursachten unter Bevölkerung, vor allem unter Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung darstellten, große Unruhen. Aber auch die Offiziere, Bürokraten, Händler in den Städten und Großgrundbesitzer auf dem Land, die den Kern des kemalistischen Regimes bildeten, waren mit der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht zufrieden (Steinbach, 1996: 158-159). Die Gruppen, die das Einparteiensystem unterstützten, fingen an, sich zu lösen. Auch in der CHP kam es zur offenen Kritik gegen die Regierung. So wurden die eigenen Abgeordneten Adnan Menderes, Refik Koraltan und Fuat Köprülü, die in ihren Artikeln die Regierung kritisierten, von der CHP ausgewiesen (1945) (Findley, 2011: 267-268). Denn gegen Ende des zweiten Weltkrieges hatte die Regierung den Druck auf Zeitungen gelockert und viele ökonomische Probleme wurden in Zeitungen behandelt (Tosun, 20.06.19: 217).

Die Unruhen der Bevölkerung, die Kritik im inneren von CHP, die schlechten Beziehungen zur Sowjetunion und die Erwartungen zu den demokratischen Schritten seitens USA waren die Hauptgründe für den Übergang zur Demokratie bzw. zum Mehrparteiensystem (Steinbach, 1996: 159; Moser & Weithmann, 2002: 146). Es dürfte aber auch nicht außer Acht gelassen werden, dass die totalitären Staaten den zweiten Weltkrieg verloren hatten und das führte in der Türkei zum Überdenken des Einparteiensystems. Es wurde erkannt, dass die Demokratie ein Land stärker macht und nicht umgekehrt (Tosun, 20.06.19: 217).

7. Das Mehrparteiensystem in der Türkei

Mit einer Gesetzesänderung des Vereinsgesetzes am 15. Juni 1945 wurden die Hürden vor der Gründung einer Partei aufgehoben. Kurz danach am 7. Juli 1945 gründete der Istanbuler Geschäftsmann Nuri Demirdağ die erste Oppositionspartei, *Milli Kalkınma Partisi* (Die Nationale Entwicklungspartei) (Yılmaz, 2008: 149-150). Karpat beschrieb diese Partei folgendermaßen „die Partei wiedergab die Moral- und Gesellschaftsvorstellungen des Gründers und auch den Weiterbestand verdankt die Partei die Geldeinfuhr ihres Gründers“ (Karpat, 2010: 514). Doch in der Politik spielte die MKP keine wichtige Rolle.

Am 7. Januar 1946 wurde *Demokrat Parti, DP* (Demokratische Partei) gegründet (Günel, 2009: 110). Der Wirtschaftsfachmann Celal Bayar wurde zum Vorsitzenden gewählt (Kreiser & Neumann, 2008: 423). Noch vor der Gründung der DP, lud İnönü Bayar zum Essen ein. İnönü erkundigte sich über die politischen Vorhaben von Bayar bzw. von der DP. Es kam zum folgenden

Dialog: İnönü: „Gibt es ein ähnlicher Artikel wie bei TCF “wir halten uns an religiösen Glauben?“ Bayar: „Nein, verehrter Pascha. Laizismus ist nicht die Gottlosigkeit. Das gibt es“ İnönü: „Das schadet nicht. Werdet ihr euch mit Dorfinstituten und Schulwesen beschäftigen?“ Bayar: „Nein.“ İnönü: „Trennen wir uns bei den außenpolitischen Fragen?“ Bayar: „Nein.“ İnönü: „Dann ist es gut“ (Yılmaz, 2008: 159-160). Dieser Dialog wirft natürlich eine Frage auf, was wäre passiert, wenn Bayars Antworten „Ja“ wären?

Die DP unterschied sich von CHP in zwei Kategorien; in der Politik setzten sie sich für mehr Demokratie ein und wirtschaftlich wandten sie sich von Etatismus ab und forderten den Liberalismus (Günel, 2009: 110). Außerdem beschrieben sie sich als republikanisch und sozialgerecht. Sie wollten sich für das Streikrecht, Einhaltung der Menschenrechte einsetzen und die Wahlen sollten durch geheime Stimmabgabe und offene Auszählung erfolgen (Yılmaz, 2008: 166).

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung war so hoch, dass die DP bei den kommenden Wahlen 1947 einen großen Erfolg feiern konnte. İnönü, der sich dessen bewusst war, zog die Wahlen ein Jahr vor, damit DP sich nicht wirklich aufbauen und sich vorbereiten konnte. Somit fanden die Wahlen am 21. Juli 1946 statt (Kreiser & Neumann, 2008: 423; Moser & Weithmann, 2002: 149).

Durch Wahlbetrug gewann die CHP die Wahlen. Nach Ahmad „es gab den allgemeinen Consensus, dass die Wahlen unter Angst und Unterdrücken stattfanden und deswegen wurden die Beziehungen zwischen CHP und DP im Hinblick auf die Zukunft vergiftet“ (Ahmad, 2012: 130); nach Steinbach „die eilig von der CHP-Regierung anberaumten Wahlen gerieten durch massive Wahlbetrug zur Farce“ (Steinbach, 1996: 160); nach Moser & Weithmann „Wahlfälschung, Wahlbeeinflussung und besonders im Hinterland massive Drohungen durch den kemalistischen Staats- und Parteiapparat dürften das Votum bestimmt haben“ (Moser & Weithmann, 149); nach Günel „die Wahlen wurden nicht nach dem Grundprinzip einer demokratischen Wahl, geheime Stimmabgabe und offene Auszählung abgehalten und dies war der am meisten kritisierte Aspekt der Wahlen aus 1946. CHP schenkte kein Gehör zu den Kritiken und deswegen nahm DP bei den Gemeindewahlen und Ersatzwahlen zwischen 1946 bis 1950 nicht mehr teil“ (Günel, 2009: 111-112). Trotzdem hatte die DP es geschafft, 59 Abgeordnete zu gewinnen. CHP hatte 397 Abgeordnete und es gab sechs unabhängige Abgeordnete (Günel, 2009: 111).

CHP sah die kommende Gefahr und schlug einen sanften Weg ein. Da die religiösen Themen für viele Wähler von großer Bedeutung waren, wurde der Religionsunterricht wiedereingeführt (Kreiser & Neumann, 2008: 424). İnönü ging noch weiter und ernannte einen Professor für islamische Geschichte zum Ministerpräsidenten um den Vorwurf „Gottlosigkeit“

umzugehen. Der neue Ministerpräsident trat für eine Synthese zwischen türkischen Nationalismus und Islam ein (Moser & Weithman, 2002: 149). İnönüs letzter Zug war die Aufhebung der Sechs Pfeile von CHP, als Verfassungsgrundgesetz sollten diese für den erwünschten Erfolg bei Wahlen 1950 nicht ausreichen.

Die Anteilnahme der Bevölkerung bei den Wahlen am 14. Mai 1950 lag bei 89,3%. 53,35% der Wähler stimmten für DP und der Anteil der CHP Wähler lag bei 38,38%. Obwohl es zwischen zwei Parteien nur einen Unterschied von 15% gab, bekam DP 408 und CHP nur 69 Abgeordnete. Denn die Wahl erfolgte nach dem Prinzip „der Gewinner bekommt alles“ (Ahmad, 2012: 132; Mango, 2004: 45). CHP erlebte eine schwere Niederlage und musste nach 27 Jahren zum ersten Mal in die Opposition gehen. Dabei waren sie so siegessicher, dass sie sogar mit dem Gedanken gespielt haben, für den Weiterbestand der Opposition der DP ein paar Sitze freiwillig zu geben (Ahmad, 2012: 153). Mit dieser Niederlage ging die Einparteien-Hegemonie friedlich und ohne Zwischenfälle zu Ende.

Fazit

Die Demokratie und die damit verbundenen Verfassungen/Erlässe der Türkei haben eine lange und abwechslungsreiche Vergangenheit. Die Reformen, die während des Zerfalls des Osmanischen Reiches stattgefunden haben, ebneten den Weg der genannten Entwicklungen. Das Volk sollte sich mehr und mehr an der Führung des Landes beteiligen und die Umsetzung dieses Vorhabens sollte durch Bemühen der Intellektuellen aber auch der Offiziere bewerkstelligt werden. Als Folge dieser Bemühungen aber auch als Druck der Außenmächte begannen die Menschen neue Rechte zu bekommen und sie waren nicht mehr die Untertanen des Herrschers, sondern hatten den Status eines Bürgers des Landes.

Nachdem das Osmanische Reich den ersten Weltkrieg verloren hatte und die Regierung in Istanbul unfähig war, durch ihre politischen Manöver das Interesse des Landes zu vertreten, wurden die ohnehin schon seit langem bestehenden Gedanken die Republik auszurufen immer stärker. Nachdem der Unabhängigkeitskrieg gewonnen wurde, war es für jeden klar, dass es mit der Ausrufung der Republik nur eine Frage der Zeit war. Denn die führenden Persönlichkeiten der damaligen Zeit waren mit nur wenigen Ausnahmen für die Ausrufung der Republik. Die Auseinandersetzungen gingen um die Themen religiöser Natur, die Durchführung der Reformen aber auch um den uneingeschränkten Machtbereich des Staatspräsidenten.

Diejenigen, die für mehr Rechte und Demokratie sich bemüht hatten, scheuten sich nicht die Religion auszunutzen, um ihre Ziele zu erreichen.

Diese Behauptung wird durch die Reformen bestätigt, die sowohl den Staat als auch den Menschen von der Religion zu trennen versuchten. Bemerkenswert ist es, dass dies durch GNV geschah, die an einem Freitag durch religiöse Rituale geöffnet wurde. Das Land sollte ohne Rücksicht auf Verluste so schnell wie möglich verwestlicht werden. Was das Volk davon hielt, interessierte die führenden Kräfte nicht. Denn der Gedanke dahinter war „Trotz Volk, für das Volk“. Man hat es nicht in Erwägung gezogen, die zerfallenen Institutionen zu erneuern. Oder gar eine Vereinbarung zwischen Islam und Demokratie zu finden. Sondern man wählte den Weg, sie komplett abzuschaffen.

Während der Einpartei-Regierung wurde keine Opposition erduldet. Die politische Führung, die die absolute Macht in den Händen hielt, wollte über das Land uneingeschränkt herrschen und dabei ungestört bleiben. Somit wurde das Mehrparteiensystem sehr schnell zu Nichte gemacht. Doch die inneren Unruhen und der Ruf der Türkei im Ausland, bewegten die CHP-Führung Zwischenformulierungen zu finden. Die Idee eine eigene Oppositionsgruppe zu bilden, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Stattdessen konnte sich die neu gegründete Republik für mehr Demokratie und Mehrparteiensystem einsetzen. Ob die CHP beim Mehrparteiensystem die Wahlen gewinnen würde und mit ihren Reformen weitermachen könnte, ist eher fragwürdig. Insofern ist es verständlich, dass man Führung des Landes nicht riskieren wollte, indem man mit verschiedenen Parteien ins Rennen ging. Denn die Umwandlung des Landes sollte schnell vollzogen werden und dies konnte am besten durch die CHP-Führung geschehen.

Die CHP-Führung konnte jederzeit Änderungen der Verfassung vornehmen. Es wurde sogar die Partei-Ideologie in die Verfassung eingenommen und blieb dort auch für mehrere Jahre. Demnach bildete diese Ideologie der CHP auch die offizielle Ideologie der Republik Türkei.

Nach dem zweiten Weltkrieg war es für viele klar, wie gefährlich das Einparteiensystem war. Die Türkei, die in der internationalen Arena auch mitreden und Beziehungen aufbauen wollte, wusste, dass sie zum Mehrparteiensystem wechseln musste. Dementsprechend wurden die Hürden vor dem Mehrparteiensystem aufgehoben. Natürlich darf man nicht außer Acht lassen, dass sich in der CHP eine Oppositionsgruppe bildete, die mit Parteipolitik nicht zufrieden war und das Volk war mit dem Einparteiensystem und der Politik auch nicht zufrieden. Denn diese Unzufriedenheit hatte sich schon bei den ersten Wahlen (1950) gezeigt und das Volk wählte die CHP bei der ersten Möglichkeit ab. Somit erteilte es der CHP einen klaren Auftrag, nämlich, dass sie sich für die Herrschaft des Volkes einsetzen sollten, aber nach dem sie die Macht innehatten, beteiligten sie das Volk nicht daran.

Literaturverzeichnis

- Ahmad, F. (2012). *Modern Türkiye'nin Oluşumu*. Çeviri: Alogan Yavuz. İstanbul: Kaynak Yayınları.
- Atatürk, M.K. (2008). *Nutuk Günümüz Türkçesiyle*. Haz: Zeynep Güleç, İstanbul: Akvaryum Yayınevi.
- Beydilli, K. (1994). Osmanlı Siyasi Tarih, In: *Osmanlı Devleti ve Medeniyeti Tarihi*. Hg: Ekmeleddin İhsanoğlu, Band 1, İstanbul, 299-310.
- Davison, R.H. (2004). Kısa Türkiye Tarihi. Çeviri: Burak Mehmet Durdu. Ankara: Babil Yayıncılık.
- Doganalp-Vötzi, H. & Römer, C. (2008). Herrschaft und Staat Politische Terminologie des Osmanischen Reiches der Tanzimatzeit, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.
- Ekinci, E. B. (2015). Osmanlı Devleti ve Demokrasi, Zugriff am 20.06 2019 <http://www.ekrembugraekinci.com/makale.asp?id=639>.
- Faroqhi, S. (2010). *Geschichte des Osmanischen Reiches*. Verlag C. H. Beck, München.
- Findley, C. V. (2011). *Modern Türkiye Tarihi*. Çeviri: Ayas Güneş. İstanbul: Timaş Yayınları.
- Gözler, K. (2011). *Anayasa Hukukuna Giriş Genel Esaslar ve Türk Anayasa Hukuku*. Bursa: Ekin Basın Yayın Dağıtım.
- Günel, E. (2009). *Türkiye'de Demokrasinin Yüzyıllık Serüveni (1908-2008)*. İstanbul: Karakutu Yayınları.
- Hirsch, E.E. (1966). *Die Verfassung der Türkischen Republik*. Hg: Universität Hamburg, Die Staatsverfassungen der Welt, Band:7, Alfred Metzner Verlag, Frankfurt Am Main – Berlin.
- Karatepe, Ş. (2009). *Darbeler, Anayasalar ve Modernleşme*. İstanbul: İz Yayıncılık.
- Karpat, K. H. (2010). *Türk Demokrasi Tarihi Sosyal, Kültürel Ekonomik Temeller*. İstanbul: Timaş Yayınları.
- Kreiser, K. (2001). *Der Osmanische Staat 1300-1922*. R. Oldenbourg Verlag, München.
- Kreiser, K. (2012). *Geschichte der Türkei*, Verlag C.H. Beck, München.
- Kreiser, K. & Neumann, C.K. (2008). *Kleine Geschichte der Türkei*, Reclam, Stuttgart.
- Kuzu, B. (1992). Demokrasi – Resmi İdeoloji- Sivil Toplum. *Ankara Üniversitesi Siyasal Bilgiler Fakültesi Dergisi*. Nr., 47, S. 335-369 Zugriff, 20.06.2019 <http://dergiler.ankara.edu.tr/dergiler/42/454/5167.pdf>
- Majoros, F. & Rill, B. (1994). *Das Osmanische Reich 1300-1922*. Verlag Styria/Pustet, Graz, Wien, Köln, Regensburg.
- Mango, A. (2004). *The Turks Today*. London: John Murray.
- Matuz, J. (2006). *Das Osmanische Reich*. Primus Verlag, Darmstadt.

- Moser, B. & Weithmann M. (2002) *Die Türkei Nation zwischen Europa und dem Nahen Osten*. Verlag Friedrich Pustet Regensburg Verlag Styria Graz Wien Köln, Regensburg.
- Rumpf, C. (1996). Das türkische Verfassungssystem Einführung mit vollständigen Verfassungstext, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden.
- Steinbach, U. (1996). Die Türkei im 20. Jahrhundert, Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach.
- Steinbach, U. (2010). Geschichte der Türkei, Verlag C.H. Beck München.
- Tanör, B. (2011). *Osmanlı-Türk Anayasal Gelişimleri*. İstanbul: Yapı Kredi Yayınları.
- Tosun, H. (2002). Türkiye’de Demokrasinin Gelişim Sürecine Genel Bir Bakış. *Atatürk Araştırma Merkezi Dergisi*. Nr.:52 S. 187-234 Zugriff am 20.06.2019 <http://www.atam.gov.tr/wp-content/uploads/52.-SAYI.pdf>.
- Weiker, W. (1973). *Political Tutelage and Development in Turkey The Free Party and Its Aftermath*. E.J. Brill, Leiden.
- Yılmaz, E. (2008). *Türkiye ’nin Demokrasiye Geçiş Yılları 1946-1950*. İstanbul: Birey Yayıncılık.
- Yılmaz, F. (2012). *Türk Anayasa Tarihi (1808-2010)*. İstanbul: İz Yayıncılık.